



Rundbrief 2017/09 / Nr. 2

In diesem Rundbrief:

Umstrittene FPÖ-„Meldestelle“ für SchülerInnen ging offline Seite 3

Chancenindex oder Sozialindex? Seite 6

Zwei-Klassen-Bildungslandschaft? Seite 8

ugod.at



Unabhängige GewerkschafterInnen im Öffentlichen Dienst und in ausgliederten Betrieben

Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller:

Bundesleitung der UGÖD
Belvederegasse 10/1
A-1040 Wien
Fax: (01) 505 19 52-22
email: office@ugoed.org

Vorsitzende:

Beate Neunteufel-Zechner, Reinhart Sellner

Offenlegung laut Mediengesetz laut §25, Absatz 2:

Medieninhaber (Verleger) sind die Unabhängigen Gewerkschafter/innen im Öffentlichen Dienst (UGÖD).
Die UGÖD ist ein eingetragener Verein (ZVR-Zahl 126495968).

Offenlegung laut Mediengesetz laut §25, Absatz 4:

Die Blattlinie entspricht den Vereinszielen der UGÖD gemäß Vereinsstatut.

Verweise und Links:

Die UGÖD hat keinerlei Kontrolle über die Websites Dritter und die dort angebotenen Informationen, Waren oder Dienstleistungen.
Die UGÖD übernimmt daher keinerlei Verantwortung, aus welchem Rechtsgrund auch immer, für den Inhalt der Websites Dritter.

Bildmaterial:

Falls nicht explizit anders gekennzeichnet: UGÖD, wikimedia.org, pixabay.com, freeimages.com, eigene

Umstrittene „Meldestelle“ der FPÖ für SchülerInnen ging vor Schulschluss offline



Wenige Wochen nur währte der Versuch der FPÖ, die Denunziation in Österreich offiziell wieder einzuführen. Eine Rückschau.

Es begann scheinbar harmlos. Am Linzer Gymnasium BORG Hohenauerstraße fand Anfang März ein Expertenvortrag über Extremismus statt. Mit dem Inhalt jedoch schien der Sohn des Nationalratsabgeordneten Roman Haider (FPÖ) nicht recht einverstanden. Kurzerhand rief der Vater beim Direktor an, und der laufende Vortrag wurde prompt abgebrochen.

Eine Prüfung des Landesschulrats ergab später, dass der Abbruch zu Unrecht erfolgt war.

Ein laufender Unterricht darf „durch Anrufe oder sonstige Interventionen von Dritten“ nicht abgebrochen werden.

„Dem Abbruch ging eine klare Einflussnahme der FPÖ voraus und er war laut Landesschulrat nicht zulässig“, erklärte die oberösterreichische SPÖ-Vorsitzende Birgit Gerstorfer.

(Quelle: derstandard.at/2000057203769/Extremismus-Vortrag-in-Linz-Abbruch-laut-Landesschulrat-nicht-zulaessig)

Auch einem Nationalratsabgeordneten kann mal ein Fehler passieren. Doch geplant war offenbar mehr, als nur einen unliebsamen Vortrag zu stören.



Nationalratsabgeordneter Mag. Roman Haider (FPÖ)

Bildquelle: OSCE Parliamentary Assembly, CC BY-SA 2.0

<https://www.flickr.com/photos/oscepa/27975826032/in/photolist-JC8qq9-MAqcFf>,
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=53746840>

Denn kurz darauf veröffentlichte im März die FPÖ Oberösterreich mit großem medialen Rummel eine höchst umstrittene

„Meldestelle gegen parteipolitische Beeinflussung an Schulen“:



Die FPÖ-Webseite der „Meldestelle für parteipolitische Beeinflussung an Schulen“

Bildquelle: Screenshot www.partreifreie-schule.at
www.fpoe-ooe.at/partreifreie-schule

Erinnerung an Zensur und Spitzelwesen früherer Zeiten

Ein Aufschrei ging durch die Medien. Grüne und SPÖ witterten sofort Zensur und Spitzelwesen früherer Zeiten.

Eine Meldestelle für vermeintliche Anti-Partei-Werbung an Schulen? Das hatten wir schon einmal! Im Dritten Reich wurden Kinder aufgefordert, ihre Eltern zu melden, wenn sie Kritik am Nationalsozialismus geäußert hatten. Die „Meldestelle für parteipolitische Beeinflussung an Schulen“ war nun offenbar für jene gedacht, die Äußerungen gegen die FPÖ melden wollten.

(Quelle: www.oeliug.at/archiv/news-archiv-2017/news-archiv-2017-03)

Die **Österreichische LehrerInnen-Initiative (ÖLI)** bat daraufhin in einem offenen Brief Politiker der Bundes- und Landesregierung um Hilfe:

„Mit einer anonymen Anzeigestelle, bei der alles Beliebige behauptet werden kann, werden Erpressung, Nötigung und Verleumdung die Tore geöffnet.“

(Quelle: <https://www.oeliug.at/app/download/11648710399/OeLI-UG-zu-Meldestelle-offener-Brief.pdf?t=1494399993>)

Bundeskanzler Kern: „Aufforderung zum Vernadern“

Bundeskanzler Christian Kern sprach sogar wörtlich von einer „FPÖ, die Schüler auffordert, ihre Lehrer zu vernadern.“

(Quelle: salzburg.orf.at/news/stories/2844199)

Bundesministerium für Bildung: „Versuch, auf Lehrkräfte Druck auszuüben“

Auch das Bundesministerium für Bildung reagierte überaus deutlich und bestätigte die gehegten Befürchtungen der Österreichischen LehrerInnen-Initiative (ÖLI-UG):

„Grundsätzlich ist festzuzuhalten, dass die Einbeziehung von außerschulischen Experten in den Unterricht erwünscht und im Rahmen von § 17 SchUG auch gestattet ist. Die Schulen entscheiden, wen sie in den Unterricht zu welchem Thema einladen. Dabei brauchen gesellschaftlich strittige Themen nicht ausgespart zu werden. Entscheidend ist, dass der Unterricht in seiner Gesamtheit ausgewogen ist und Schülerinnen und Schüler dazu anregt ihre eigenen Positionen zu entwickeln und immer wieder kritisch zu hinterfragen. Geschieht das, wird dem Indoktrinationsverbot im Sinn der EMRK Rechnung getragen. Vor diesem Hintergrund steht jeder von dritter Seite unternommene Versuch, auf Lehrkräfte Druck auszuüben, damit sie Themen in einem erwünschten Sinn behandeln, in Widerspruch zu den Schulen gesetzlich übertragenen Aufgaben. Im Rahmen ihres Internetauftritts versucht die FPÖ Oberösterreich den Eindruck zu erwecken, an Schulen würde mit Duldung der Schulbehörde systematisch einseitig und unausgewogen unterrichtet. Das ist ein grobes Verzerrern der Realität.“

Keine Partei ist befugt, ihr von dritter Seite zugespilte personenbezogene Daten für politische Zwecke zu gebrauchen.

(Quelle: Brief des BMB an die ÖLI-UG, 3. 7. 2017)

Seite offline, FPÖ heuchelte trotzdem weiterhin Erfolg

Der Online-Spuk währte nicht lange. Am 19. Mai 2017 war die strittige FP-Seite bereits wieder „außer Betrieb“.

Doch die FP heuchelte weiterhin Erfolg. FPÖ-Landesgeschäftsführer Erwin Schreiner erklärte dem ORF gegenüber sogar, es wären in den wenigen Wochen hunderte E-Mails eingegangen. Diese wären „an Juristen übergeben“ worden.

(Quelle: ooe.orf.at/news/stories/2844609)

Vorübergehend außer Betrieb?

Bis zum heutigen Tage ist die Seite „vorübergehend außer Betrieb“. Vorübergehend?

Wir empfehlen, die strittige Webseite weiterhin im Auge zu behalten und wollen ihre endgültige Schließung feiern können unter dem Motto:

„Nie wieder!“



Mehr auf:

<https://diealternative.org/ugod/>

Chancenindex oder Sozialindex?



UG fordert mehr Budget für Pflichtschulen

Unsere VertreterInnen bei der Sitzung der GÖD-ARGE-LehrerInnen sind regelmäßig schockiert darüber, wie vehement die FCG-LehrerInnenvertreter eine sozialindizierte Ressourcenzuteilung bekämpfen. Ist es die Angst, dass den Gymnasien etwas weggenommen werden könnte? Wir analysieren.

von

Josef Gary Fuchsbauer, Christian Schwaiger, Barbara Gessmann-Wetzinger, Ursula Götl

AHS-LehrerInnen: Angst vor weniger Budget

Viele VertreterInnen der Lehrenden kommen aus AHS, die den sozial bessergestellten Teil der SchülerInnen betreuen. Doch die Angst vor Einsparungen ist stärker als die Bereitschaft zur Solidarität. Die meisten der LehrerInnenvertreter fürchten drohende Budgetkürzungen. Oftmals zu Recht.

Vermeehrt haben inzwischen auch AHS-Standorte (wie z.B. im 15. oder 20. Wiener Gemeindebezirk) große SchülerInnengruppen der 2. und 3. Zuwanderergeneration zu betreuen, die mit massiven Sprachproblemen kämpfen.

Noch keine prekären Bildungssituationen an AHS

Die meisten allgemeinbildenden höheren Schulen in Österreich haben jedoch vergleichsweise wenige „Sonderfälle“, die jährlich an ihren Schulen landen. Sie bekommen dafür als Begleitmaßnahme fallweise Werteinheiten und Betreuerstunden.

Mitunter gibt es noch eine kleine Handvoll Flüchtlingskinder, und hin und wieder ein Zuwandererkind aus einem Akademikerhaushalt, das dann mit viel privater Unterstützung relativ schnell Deutsch lernt und auch maturiert. Ein vergleichsweise hohes Arbeitsniveau also.

Grundschüler: Dringender Förderbedarf

Doch die meiste Aufbauarbeit leisten die Pflichtschulen. Die AHS-Unterstufe trägt nur wenig bei zur Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und Sprachdefiziten. Das Gros der SchülerInnen mit zusätzlichem Betreuungsbedarf, Sprachdefiziten und sozialen Problemen stammt aus bildungsfernem Elternhaus und landet naturgemäß in der Pflichtschule.

Ballungsräume: 2-Klassen-Gesellschaft entstanden

In Wien und anderen Ballungsräumen verschärft sich die Situation weiter: Hier besucht gut die Hälfte der PflichtschülerInnen Schulformen, die bessere Chancen versprechen.

Die LehrerInnen der Landes-Pflichtschulen HS/NMS haben daher gleichzeitig 3 Herausforderungen zu bewältigen:

- Die sozial benachteiligten SchülerInnen einkommensschwächerer Eltern mit vergleichsweise niedrigeren Bildungsabschlüssen zu betreuen
- Fast 100% der MigrantInnen- und Flüchtlingskinder zu integrieren
- Den Anspruch auf Inklusion von Kindern mit besonderem Förderbedarf zu erfüllen.

UG fordert mehr Investitionen in Pflichtschulen

Wir fordern: In die Pflichtschulen sollte dringend investiert werden, z.B. in Schulentwicklungsprogramme und in Sprachförderung. Es braucht große Investitionen in muttersprachlichen Unterricht und Deutschförderung. Dazu müssen dringend Stütz- und FörderlehrerInnen, PsychologInnen und SozialarbeiterInnen eingestellt werden. Damit diese Unterstützungsmaßnahmen treffsicher eingesetzt werden, kann man sie über einen Chan-

cenindex an die soziale Zusammensetzung der Klassen koppeln.

ÖVP & FPÖ: Gymnasien weiterhin bevorzugt

Diesbezüglich ist von ÖVP und FPÖ jedoch nichts zu erwarten. Beide Parteien setzten auf das „differenzierte Schulwesen“ (= Erhalt des Gymnasiums) und lassen die sozial benachteiligte zweite Hälfte jedes SchülerInnenjahrgangs (und die betroffenen Eltern und LehrerInnen) völlig im Regen stehen. Das kann nicht im Interesse unserer KollegInnen aus der Pflichtschule und aus dem berufsbildenden Schulwesen sein!

Hier setzt sich seit Jahren unter den LehrerInnen-Fraktionen in der GÖD immer wieder die AHS durch.

Der „Erhalt des Gymnasiums“ (das gar nicht in Gefahr ist) bedeutet in Wahrheit nur, mit Finanzgewalt eine 2-Klassen-Gesellschaft zu erschaffen. Derzeit können 20% aller Schülerinnen und Schüler nicht richtig lesen, schreiben und rechnen.

(Quelle: <http://orf.at/stories/2404843/>)

SPÖ: 5000 neue PädagogInnen geplant

Während sich ÖVP und FPÖ eine ungebildete Bevölkerungsmehrheit erhoffen, plant Bildungsministerin Sonja Hammerschmid (SPÖ), in den nächsten 3-4 Jahren 5000 zusätzliche PädagogInnen an mehr als 500 Schulstandorten einzusetzen. Hauptaugenmerk: Der Schuleinstieg von Kindern mit Sprachdefiziten.

(Quelle: <http://orf.at/stories/2404722/2404723/>)

Unsere Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Geben wir ihnen daher die besten Chancen!

Jetzt!



Mehr auf:

<https://diealternative.org/ugod/>

Zweiklassen-Bildungslandschaft?



Schulstart - ein Hürdenlauf

Ein neues Schuljahr hat begonnen. Die Supermärkte sind noch voll mit billigen Schultüten, und die Papershops haben ihre Edeltüten für's bessere Publikum gut verkauft.

Bildung: Kein Thema für Altparteien

Im Wahlkampf spielten Bildungsfragen bisher keine Rolle. Der verzweifelte Versuch der SPÖ-Bildungsministerin Muna Duzdar, beim ÖVP-Finanzminister Hans Jörg Schelling noch vor Regierungsschluss die dringend notwendigen 300 Mio. für SchülerInnen und Schulen in wirtschaftlich und sozial benachteiligten Bezirken zu bekommen, ist vom Ministerkollegen nicht einmal ignoriert und von den Medien kaum

wahrgenommen worden. Sozial-Index oder Chancen-Index zur längst notwendigen Unterstützung der Bildungsarbeit in sozialen Brennpunktschulen, bitte warten.

Pflichtschulen: „Auffanglager“ für sozial Schwache

Die Pflichtschulen werden auch nach dem Schulreformpaket alleingelassen — sie allein sind zuständig für soziale Integration, Flüchtlinge und die Inklusion aller Kinder und Jugendlichen, deren Eltern sich keine AHS-Unterstufe und keine private Volksschule leisten können.

Die AHS-Unterstufe durfte ganz nach dem Willen



von Reinhart Sellner

der ÖVP keine Pflichtschule werden. Man scheut den Kontakt mit sozial Schwachen.

Die Gymnasien als „höhere“ Schulen legen interessanterweise (wie schon bisher) schulautonom selbst fest, ob und wieviel Integration, Inklusion und Flüchtlinge der Schule und ihrem jeweiligen Elternverein „zugemutet“ werden kann.

Und Modellregionen in Vorarlberg oder Wien wird es so bald auch keine geben.

Alter Beton, neu gemischt und mehrheitsfähig?

Falls tatsächlich Sebastian Kurz, Rudolf Taschner und Heinz-Christian Strache in der kommenden Legislaturperiode regieren sollten, wird das Folgen haben.

Keine Bildungsministerin wird teures Geld bereitstellen für sozial indizierte Zusatzbudgets oder gar zusätzliches Personal für die „Brennpunkt“-Pflichtschulen. Stattdessen stehen „schlanke“ Bildungsbudgets am Diätplan, damit Vermögen und Kapital mehr, besser und neu gefördert werden können.

Wien: Lehrgewerkschaft fürchtet die Folgen der eigenen Untätigkeit

Die FCG/ÖVP-Fraktion der Lehrgewerkschaft befürchtet nun zu Schulbeginn, dass an den Pflichtschulen des Wiener SPÖ-Stadtschulrates die KlassenschülerInnen-Höchstzahl von 25 Kindern überschritten werden wird.

Kurios: Bei den Verhandlungen des Schulreformpaketes war für genau diese „Lehrgewerkschafter“ der restriktiv-neoliberale Budgetkurs ihres Parteifreundes Schelling kein Thema.

Ein klarer Fall von Selbstüberlistung — zulasten der LehrerInnen.

Rettung für Gymnasien gefordert, doch die sind nicht in Gefahr

Die FCG/ÖVP-Fraktion aus der AHS-Gewerkschaft warnt sogar vor dem Sozialindex für Schulen mit be-

sonders schwierigen Lernbedingungen und dem Aushungern der Langform des Gymnasiums.

Auch warnen FCG und ÖVP bereits, dass SPÖ und Grüne das differenzierte Schulsystem aufweichen wollen. Vermutlich warnt man bald auch vor Modellregionen einer gemeinsamen Pflichtschule. Rechtzeitig vor dem 16. Oktober. Wer keine eigenen Leistungen vorzuweisen hat, schimpft auf andere. Das lenkt wundervoll ab.

Unabhängige GewerkschafterInnen: Geld durch bessere Umverteilung

Wir Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD wissen, **es gibt Lösungen für ein ausreichendes Bildungsbudget:**

Eine Erhöhung der Vermögens- und Gewinnsteuern ist rasch und effizient umsetzbar, und sie trifft nur die, die ohnedies genug haben.

Sozial umverteilende Erbschaftssteuern sind ebenfalls längst überfällig. Dazu Vermögens- und Gewinnsteuern, die der rasant steigenden Wertschöpfung entsprechen.

So einfach ließen sich Budgetmittel und Arbeitsplätze für demokratische, sozial-integrative Bildungsarbeit finanzieren. Und das sind nur einzelne Beispiele!

Unabhängige GewerkschafterInnen: Mehr Zeit und Geld für alle

Wir Unabhängigen GewerkschafterInnen setzen uns tatkräftig für ein gemeinsames Bildungssystem ein, in dem die Zwei-Klassen-Schule Vergangenheit ist.

Wir wollen, dass LehrerInnen, Sonder- und FreizeitpädagogInnen, SozialarbeiterInnen und SchulwartInnen ausreichend Zeit für Förderung und Unterstützung aller Kinder und Jugendlichen haben.

Weil bis dahin gesellschaftlich, politisch und gewerkschaftlich noch viel zu tun ist, wünschen wir unseren engagierten KollegInnen und ihren SchülerInnen **einen guten Start ins neue Schuljahr!**



Mehr auf:

<https://diealternative.org/ugod/>